



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

33. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes | 1 |
|----------|---|----------|

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlagen 13/2375, 13/2361, 13/2454, 13/2455

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident

b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Ausschuss berät die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 - Ministerpräsident - und Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

2 Verschiedenes

16

Der Ausschuss nimmt auf Nachfrage des Abgeordneten Dietmar Brockes (FDP) eine Mitteilung der Vorsitzenden entgegen.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlagen 13/2375, 13/2361, 13/2454, 13/2455

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident

b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Werner Jostmeier (CDU) möchte vor dem Hintergrund, dass laut Pressemitteilung der Koalitionsausschuss am Wochenende die Feststellung getroffen habe, dass die Zahlen im Haushaltsplanentwurf zum großen Teil nicht mehr gelten würden, wissen, inwieweit der Haushaltsplanentwurf beratungsreif sei.

Edith Müller (GRÜNE) teilt mit, dass sie an den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner teilgenommen habe. Die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 hätten bei diesen Verhandlungen keine Änderungen und die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 10 kleinere Erhöhungen erfahren. Dies stehe jedoch unter Vorbehalt, denn man wisse ja, dass der Haushaltsplanentwurf erst am 28. Januar 2004 verabschiedet werde. Nichtsdestotrotz rege sie an, die Haushaltsplanberatungen durchzuführen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten

Titel 534 50 - Beteiligung des Landes am Deutschland-Jahr in Japan 2005/2006 -

Dietmar Brockes (FDP) erbittet nähere Informationen.

Dr. Stefan Berger (CDU) hat den Eindruck, dass Finanzmittel zugunsten des Deutschland-Jahrs in Japan umgeschichtet würden. Der Abgeordnete bittet um nähere Erläuterungen.

Minister Wolfram Kuschke führt aus:

Ich will nicht verhehlen, dass es im Kabinett - Frau Kollegin Höhn wird das bestätigen können - eine lebhafte Diskussion darüber gegeben hat, ob wir uns angesichts der Schwierigkeiten für die Rahmenbedingungen öffentlicher Haushalte an so etwas beteiligen können. Die Diskussion im Kabinett hat letztendlich zu der Einsicht geführt - ich halte das nach wie vor für richtig -, dass es sich gerade das Land Nordrhein-Westfalen nicht leisten kann, sich aus dieser Veranstaltung zurückzuziehen. Das Deutschland-Jahr in Japan wird unter Beteiligung des Bundes und aller Bundesländer durchgeführt. Es könne nicht sein, dass ausgerechnet das Bundesland, in dem man es traditionell mit einer sehr großen japanischen "Kolonie" zu tun hat, insbesondere in Düsseldorf, woraus sich gute Beziehungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich entwickelt haben, nicht teilnimmt. Wir haben gestern im Kabinett auch über Auslandsreisen, die in den vergangenen Wochen stattgefunden haben, und über den enormen Mehrwert, den diese Reisen für Nordrhein-Westfalen bringen, gesprochen. Hier spielt Japan eine ganz entscheidende Rolle. Im Grunde genommen ist das Deutschland-Jahr in Japan eine Folgeveranstaltung auf das, was in umgekehrte Richtung vor etwa zweieinhalb Jahren stattgefunden hat.

In den nächsten Tagen findet eine Koordinierungsrunde beim Bund statt, in der geklärt werden soll, in welchen Bereichen Präsentationen stattfinden sollen, welche Rolle der Bund und die Bundesländer übernehmen, inwieweit die Spezifika der Bundesländer mit berücksichtigt und wo Schwerpunkte gesetzt werden. Wir wollen das Ganze nicht alleine betreiben, sondern wir sind darauf angewiesen, das mit anderen zu tun, nämlich mit Unternehmen, Schulen, Hochschulen, und zwar natürlich auch unter dem Aspekt des Einwerbens von zusätzlichen Sponsorengeldern. Die Summe, die wir hier eingesetzt haben, beruht auf den Erfahrungen, die wir mit vergleichbaren Präsentationen gemacht haben. Ich kann Ihnen heute, also eine Woche, nachdem Frau Meckel dazu berichtet hat, keinen neuen Stand dazu geben. Ich sage Ihnen aber zu, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu berichten, was sich aus dem Koordinationsgespräch mit dem Bund ergeben hat.

Werner Jostmeier (CDU) lässt verlauten, es sei sicherlich richtig, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen an dieser Veranstaltung beteiligen müsse. Nichtsdestotrotz wisse jeder, dass die Öffentlichkeit in Zeiten schwieriger Haushaltslagen zu Recht sehr kritisch darauf schaue, welche Gelder wofür verausgabt würden. In diesem Zusammenhang erinnere er an die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Umbaumaßnahmen im Landtag. Darüber hinaus wisse man, dass es um die Ausstellung des Landes Nordrhein-Westfalen in Moskau eine intensive Diskussion darüber gegeben habe, ob dieses einen Mehrwert für Nordrhein-Westfalen bringe. Vor diesem Hintergrund werde seine Fraktion sehr genau hinterfragen, wofür diese Gelder verwandt würden und inwieweit zugunsten des Deutschland-Jahrs in Japan an anderen Stellen gespart werde.

Minister Wolfram Kuschke legt dar:

Der Aufforderung, dem Parlament darzulegen, wofür die Gelder verausgabt werden, werden wir nachkommen.

Zu dem anderen Punkt frage ich Sie ganz deutlich: Wollen Sie oder soll ich dem Oberbürgermeister von Düsseldorf klar machen, dass wir in diesem Bereich Nullansatz fahren? Der entscheidende Punkt ist: Wir haben es bei dem Deutschland-Jahr in Japan mit einem befristeten Zeitraum zu tun, sodass wir für diese beiden Jahre in der Tat die Kraftanstrengung unternehmen müssen, in anderen Bereichen zu kürzen. Wir waren nicht in der Lage, hierfür zusätzliches frisches Geld bereitzustellen. Des Weiteren sind wir darauf angewiesen, in beträchtlichem Umfang Sponsorengelder hereinzuholen.

Die Moskau-Präsentation ist sicherlich in ihren verschiedenen Teilaspekten unterschiedlich gelungen. Es gab ganz hervorragende Segmente. Wir bekommen jetzt die Rückmeldung von den Unternehmen und die Anbahnung konkreter Geschäfte. Dies geschieht in der Regel nicht im Rahmen der Veranstaltung oder kurz danach. Ministerin Höhn kann sicherlich noch etwas dazu sagen, welche Erfahrungen wir auf den Reisen gemacht haben. Nordrhein-Westfalen ist auf solche Projekte dringend angewiesen.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) legt dar:

Nordrhein-Westfalen ist ein exportorientiertes Land. Wenn wir in den nächsten Jahren ein Wachstum von 1 % oder 2 % haben, dann ist das viel. China hat ein Wachstum von 8 %. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze sichern wollen, dann müssen wir das im Exportbereich tun und die Märkte dort besetzen. Deshalb ist es wichtig, in Japan und China die entsprechenden Kontakte zu knüpfen. Im Rahmen meiner Auslandsreise nach China hat es mehrere Unternehmen gegeben, die mich gebeten haben, gemeinsam mit ihnen Gespräche mit den dortigen Politikern zu führen. Es ist doch klar, dass die, wenn ein Politiker dabei ist, viel mehr ins Geschäft kommen, als wenn sie es alleine tun würden. Insofern sind solche Anbahnungsmöglichkeiten von Kontakten enorm wichtig. Schauen Sie sich einmal an, was Bayern macht. Diese unternehmen ein Vielfaches von dem, was wir machen, und sie sind damit erfolgreich. Wenn wir nicht langsam lernen, dass wir keine kleine Provinz sind, sondern bezüglich des Bruttosozialprodukts vor den Niederlanden an sechster Stelle in der EU stehen, dann machen wir einen schweren Fehler. Woher sollen denn die Arbeitsplätze kommen? Ein Wachstum von 1 % bis 2 % werden wir nur durch die Exportwirtschaft erreichen. Von daher müssen wir verstärkte Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen.

Dr. Stefan Berger (CDU) teilt mit, dass es in seinem Wahlkreis einige japanische Firmen gebe, die sich auch ohne ein Deutschland-Jahr in Japan dort ansässig gemacht hätten. Dies sei durch eine gute Kommunalpolitik und eine Nutzung der Potenziale und Stärken vor Ort, die sicherlich ein wenig mit dem Land zu tun hätten, geschehen. Nichtsdestotrotz sei man interessiert zu erfahren, wie das Deutschland-Jahr in Japan konkret ausgestaltet werde.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Titel 534 10 - Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes -, Titel 534 20 - Ausgaben für Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes -, Titel 534 30 - Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg -

Dr. Stefan Berger (CDU) bittet um nähere Auskünfte darüber, welche Projekte geplant seien bzw. wegfielen.

Minister Wolfram Kuschke teilt mit:

Ein Projekt ist die Fortsetzung der Erweiterungskampagne. Dies halten wir sicherlich alle für sinnvoll. Das geht möglicherweise über den Termin 1. Mai 2004 hinaus. Ein weiteres Projekt ist die Kampagne zur Verfassung für Europa. Hier wissen wir noch nicht genau, zu welchem Zeitpunkt wir in die Kampagne einsteigen können. Derzeit sind wir dabei, die Kampagne zur Erlangung einer Verfassung für Europa durchzuführen. Weitere Projekte sind die Fortsetzung des Handbuchs "Europa in NRW", der Expertenrat, ein Workshop zur Strukturpolitik in Brüssel, verschiedene Veranstaltungen im Rahmen der Europawoche, die Fortsetzung des Projektes "6 Wege nach Brüssel", Veranstaltungen im Rahmen der pro-aktiven Europapolitik. Die Mittel dafür sind ausgesprochen knapp kalkuliert. Wir glauben aber, dass wir das vor dem Hintergrund, den ich vorhin geschildert habe, und der Notwendigkeit, überhaupt zu einer Konzentration der Mittel zu kommen, verantworten können.

Titel 547 10 - Sächliche Verwaltungsausgaben zur Förderung und Verbreitung des Europa-Gedankens -

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, welchen Unterschied es zwischen diesem Titel und dem Titel 534 20 - Ausgaben für Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes - gebe.

Titel 529 00 - Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen -

Werner Jostmeier (CDU) möchte wissen, warum dieser Titel in der Vergangenheit so wenig in Anspruch genommen worden sei und warum von 2002 auf 2003 eine derartige Erhöhung stattgefunden habe.

Minister Wolfram Kuschke lässt wissen:

Herr Jostmeier, dieser Titel ist ausgerichtet für humanitäre Maßnahmen in nicht vorhersehbaren Fällen, also im Zusammenhang mit Katastrophen und Ähnliches. Das heißt, man wird immer einen bestimmten Ansatz ansetzen müssen.

Herr Brockes, es handelt sich um kleinere Maßnahmen, insbesondere ausgerichtet auf den Föderalismusgedanken in Europa, bei denen wir als Land mit einer föderalen Struktur versuchen, Bündnispartner zu finden.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Titel 685 20 - Stipendien für Postgraduierten-Studiengänge -

Dietmar Brockes (FDP) verweist auf die Erläuterung, in der stehe, dass dieser Titel lediglich der Abwicklung diene. Vor diesem Hintergrund möchte der Abgeordnete wissen, wieso im Jahre 2002 43.000 € veranschlagt worden seien.

Titel 685 21 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes -

Dr. Stefan Berger (CDU) gibt an, die Staatssekretärin habe in der vergangenen Woche dazu ausgeführt, dass die Kürzung im Verbund mit den Geschäftsführern der EUREGIOS abgestimmt worden sei. Hierzu wolle er anmerken, dass die Geschäftsführer nicht glücklich über die Kürzung seien. Er rege an, über diese Kürzung noch einmal nachzudenken, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund, dass man es bei diesem Thema geschafft habe, einen gemeinsamen Antrag zu beschließen.

Minister Wolfram Kuschke führt aus:

Herr Berger, der Einschätzung darüber, dass die Geschäftsführer nicht glücklich über die Kürzung sind, möchte ich nicht widersprechen. Wir glauben aber, dass wir einen Teil davon durch Förderungen aus dem Interreg-Programm kompensieren können. Bei meinem Besuch in Maastricht sind mir Schwierigkeiten mit der Antragstellung und der Abwicklung dargestellt worden. Wir sind derzeit dabei, diese Probleme abzustellen.

Herr Brockes, da es sich tatsächlich um die Abwicklung eines Programms handelt, ist es nicht notwendig, weitere Mittel dafür zu veranschlagen.

Gabriele Sikora (SPD) teilt mit, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland gewesen sei, das derartige Stipendien zur Verfügung gestellt habe. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage habe man sich im vergangenen Jahr darauf verständigt, die Stipendien auslaufen zu lassen.

Titel 686 40 - Zuschüsse für das "Zentrum für Internationale Zusammenarbeit (CIC)" -

Auf eine Frage von **Dietmar Brockes (FDP)** antwortet **MR Jakoby (StK)**:

Hierzu gibt es eine Vereinbarung aus dem Jahre 2001 zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn über eine Beteiligung. Diese belief sich meines Wissens auf 1,5 Millionen DM. Diese Finanzierung sollte sich auf drei Jahre erstrecken, wobei sich herausstellte, dass eine anteilige Aufteilung in gleicher Höhe auf diese drei Jahre aus technischen Gründen nicht sinnvoll und möglich war, sodass diese Beträge in etwas variierender Höhe auf diese drei Jahre aufgeteilt wurden. Es ist vorgesehen, die Förderung in dieser Höhe zu belassen, also keine höheren Beträge bereitzustellen. Derzeit gibt es noch Diskussionen darüber, ob es möglich sein wird, das Projekt im Jahre 2004 abzuschließen, oder

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

ob es notwendig wird, ins Jahr 2005 hineinzugehen. Letzteres würde aber nicht zu einem höheren Mitteleinsatz führen, da die Mittel limitiert sind.

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, ihres Wissens seien der Bund und die Stadt Bonn bereit, das Geld für 2005 bereitzustellen. Von daher stelle Sie die Frage, ob es tatsächlich weiterlaufen könnte.

MR Jakoby (StK) lässt wissen:

Es wird zurzeit geprüft, inwieweit das haushaltstechnisch möglich ist. Wir sind derzeit in Gesprächen mit dem Bund, mit der Stadt Bonn und mit dem CIC, um das auf den Weg zu bringen. Ich glaube, dass sich ein Weg finden lassen wird.

Titel 687 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland -

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, wie sich die Mittel auf die einzelnen Länder verteilen.

Werner Jostmeier (CDU) fragt, warum das IST im Jahre 2002 mit 157.000 € so niedrig gewesen sei.

Minister Wolfram Kuschke teilt mit:

Herr Brockes, ich möchte versuchen, einen Überblick zu geben, wobei es natürlich schwierig ist, eine Punktlandung hinzubekommen. Wir haben versucht, eine Projektliste abzuarbeiten, und zwar in Polen in einer Größenordnung von 500.000 €, Rumänien 400.000 €, Russland 400.000 €, Naher Osten 100.000 €, wobei wir hier insbesondere an kleine Fördermaßnahmen denken, die auf Israel alleine bzw. auf den israelisch-arabischen Dialog bezogen sind, und 300.000 € Reserve für Pflege von Beziehungen darüber hinaus, also beispielsweise Schottland vor dem Hintergrund des Kooperationsabkommens, das wir in diesem Jahr getroffen haben.

Herr Jostmeier, die Gründe für den relativ kleinen Betrag waren Deckungsfähigkeit - das würde es aber noch nicht erklären - und Haushaltssperre - das erklärt nur einen Teilbereich -. Ich schlage vor, dass Sie die genaue Antwort im Nachgang bekommen.

Werner Jostmeier (CDU) möchte wissen, welche Projekte sich konkret dahinter verbürgen. - **Minister Wolfram Kuschke** schlägt vor, dem Ausschuss eine Liste mit den Projekten zur Verfügung zu stellen. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Allgemeine Aussprache

Dietmar Brockes (FDP) lässt verlauten, dem Sprechzettel der Haushaltseinführungsrede der Staatssekretärin zur Landesvertretung Brüssel sei Folgendes zu entnehmen:

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

"Die notwendigen Maßnahmen dazu sind in die Wege geleitet. Die getroffene Entscheidung findet jedoch noch keinen Niederschlag im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2004/2005. Die Gesamtansätze 2004/2005 sind gegenüber 2003 erhöht."

Der Abgeordnete möchte wissen, in welchem Titel die Mittel für die Landesvertretung Brüssel veranschlagt worden seien. - In Titel 02 110, teilt **Vorsitzende Ute Koczy** mit.

Auf eine Bemerkung von **Werner Jostmeier (CDU)** führt **Minister Wolfram Kuschke** aus:

Wir sagen Ihnen zu, dass Sie in den nächsten Tagen auf die in der letzten Sitzung gestellten Fragen eine schriftliche Antwort bekommen.

Zur Landesvertretung. Just in diesen Tagen - ich bitte um Verständnis, dass die Staatssekretärin in der letzten Woche zurückhaltend war - finden die Verhandlungen zur Arrondierung der Erweiterung der Landesvertretung statt. Ich kann Ihnen sagen, dass wir den ersten Schritt getan haben, nämlich die Anmietung eines weiteren Gebäudes, das sich auf der gegenüberliegenden Seite der Landesvertretung befindet, was uns in zweierlei Richtungen hilft. Es hilft uns zum einen, derzeitigen Platzbedarf abzusichern, und es ist zum anderen die notwendige Voraussetzung dafür, dass wir die Renovierungs-, Sanierungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen an dem anderen Gebäudekomplex überhaupt durchführen können, denn wir werden das nur bei laufendem Betrieb tun können und müssen dann jeweils mit bestimmten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Arbeitsbereichen umziehen.

Für die Darstellung der Finanzierung gilt generell, dass dies eine Angelegenheit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs ist. Das heißt, diese Dinge kommen erst auf uns zu, wenn dort die entsprechenden Verträge abgeschlossen sind. Es ist insofern Neuland, weil dies meines Wissens für den BLB sozusagen das erste Projekt im Ausland ist. Aber bei der Lernfähigkeit des BLB wird es kein Problem sein, dass das schnell geregelt werden kann. Wir gehen davon aus, dass wir für die erste Phase der notwendigen Grundsanieierung ausreichend Mittel zur Verfügung haben.

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, in welchem Titel die Mittel für die Grundsanieierung veranschlagt seien.

Darüber hinaus müsste sich eine Neuankmietung in Titel 518 01 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume - niederschlagen. Dies könne er jedoch nicht erkennen.

Minister Wolfram Kuschke teilt mit:

In Titel 547 00 - Sonstige und nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben - ist eine Steigerung des Ansatzes von 2003 auf 2004 in der dargestellten Größenordnung zu entnehmen. Etwa 40.000 € davon sind für die Renovierungsarbeiten in den Häusern 8 und 10 angedacht. Hinzu kommen etwa 10.000 € für die Außenanlage des Hauses, sodass wir hierfür einen Ansatz von insgesamt 50.000 € veran-

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

schlagt haben. Des Weiteren haben wir eine Reihe von EDV-Ersatzbeschaffungen, die sozusagen zu dem technischen Renovierungsbedarf gehören.

Bezüglich des BLB wird sich das erst dann niederschlagen, wenn konkret die Mietverträge abgeschlossen sind und die Mieten bezahlt werden. Hier vermissen Sie in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf im Augenblick zu Unrecht etwas.

Dr. Stefan Berger (CDU) legt dar, die Staatssekretärin habe in der vergangenen Woche unter anderem ausgeführt, dass zur besseren Positionierung des Landes ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt worden sei, das auch die Europafähigkeit der Landesverwaltung stärken solle. Man habe also vor, die für Auslandseinsätze zur Verfügung stehenden Stellen bis zum Jahre 2005 auf 18 zu verdoppeln. Selbstverständlich mache es Sinn, Beamte nach Brüssel zu schicken, aber es wäre auch zu begrüßen, wenn für Europafragen Beamte im Lande gehalten würden. Der Abgeordnete möchte wissen, wie die Europafähigkeit personell nach innen professionalisiert werde.

Die Staatssekretärin habe ferner angemerkt, dass sich die Landesregierung nach einem internationalen Leitbild ausrichten wolle. Dieses Leitbild solle auf Grundlage der Gespräche der einzelnen Staatssekretäre beschlossen werden und als Leitbild für die internationale Ausrichtung der Landesregierung fungieren. Wenn man hierüber jedoch nur rede und nicht im Haushalt etatisiere und es an bestimmten Stellen greifbar mache, dann sei es kein Leitbild, wie es z. B. in Baden-Württemberg erfolge und konzeptionell durch Nachweise in den Ministerien umgesetzt werde, sondern lediglich eine Umbauorganisation. Der Abgeordnete möchte wissen, ob das geplante Leitbild lediglich eine Umbauorganisation oder eine komplette Neuausrichtung der Ministerialbürokratie darstelle.

Im Sommer habe eine Diskussion über die Kofinanzierung von EU-Mitteln stattgefunden. Der Abgeordnete ist interessiert zu erfahren, wie das Land sicherstelle, dass EU-Mittel in den Jahren 2004 und 2005 fristgerecht abgerufen werden könnten. Es gebe Fälle, in denen Unternehmen Projekte durchführten und das Land den Landesanteil nicht rechtzeitig gezahlt habe.

Gabriele Sikora (SPD) bittet die Staatskanzlei darum, dem Ausschuss eine Übersicht über die Mittel, die aus Europa in die einzelnen Etats fließen, zuzuleiten.

Bei den Ausführungen des Abgeordneten Werner Jostmeier (CDU) zum Deutschland-Jahr in Japan habe sie nicht das Gefühl gehabt, dass er die Präsentation in Japan verhindern wolle, sondern dies habe eventuell einen anderen Grund gehabt. Sie habe die gleiche Erfahrung bereits im Wirtschaftsausschuss im Rahmen der Moskau-Präsentation gemacht. Dies endete letztendlich darin, dass der Wirtschaftsausschuss darauf bestanden habe, eine Reise nach Moskau durchzuführen. Wenn es eine Aufforderung gewesen sei, als Europa-Ausschuss nach Japan zu reisen, dann sollte dies offen gesagt werden.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Minister Wolfram Kuschke führt aus:

Der Bitte der Frau Abgeordneten Sikora kommen wir gerne nach. Die Übersicht ist fast fertig. Die letzten Nachlieferungen sind eingetroffen, sodass wir das entsprechend versenden können.

Ich komme nun auf die Fragen von Herrn Dr. Berger zu sprechen; die Frage zur Kofinanzierung wird Herr Dr. Jakoby beantworten. Ein Austausch der Europafähigkeit nach außen und innen ist in dem Personalentwicklungskonzept angelegt. Wir versuchen über ganz einfache Mittel eine Übersicht über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung und deren Qualifikation, Interesse, Ausbildungs- und Fortbildungsbedarf in Richtung Europafähigkeit zu bekommen, um ein noch stärkeres Gefühl dafür zu vermitteln, dass die Tätigkeit in und für Europa keine Strafe, sondern etwas Gutes ist. Deutschland hat in diesem Bereich erheblichen Nachholbedarf. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Das angesprochene Leitbild ist nicht etwas Sensationelles, sondern es ist nach einigen Jahren schlichtweg notwendig, zu prüfen, wo wir eigentlich stehen und was die Aufgabe eines Bundeslandes im Bereich der internationalen Politik ist. Es haben sich ja bestimmte Dinge historisch und geografisch entwickelt. Dazu gehört z. B. der komplette Benelux-Bereich. Des Weiteren haben wir traditionell gute Beziehungen zu Polen. Wir versuchen, dies über das Weimarer Dreieck auszubauen und kommen so zu multilateralen Kooperationen, und zwar auch im Rahmen der entsprechenden Interreg-Programme. Wir haben traditionell gute Beziehungen zu Israel. Darüber hinaus haben wir unabhängig von welchen Zeitläufen auch immer dringenden Bedarf an guten Kontakten in Richtung USA, Russland, China, Japan, also mit den bedeutenden Industrienationen, aber nicht nur auf industriellem, sondern auch auf kulturellem und sozialem Sektor. Wir können jedoch nicht ausschließen, dass in der Vergangenheit Kontakte entstanden sind, die sich sozusagen eher zufällig ergeben haben und bei denen man sich fragen muss, ob es Sinn macht, diese zu festigen und weiter auszubauen. Das ist das, was wir jetzt machen, was auch sinnvoll ist und was man eigentlich alle fünf Jahre machen sollte.

Werner Jostmeier (CDU) sagt, die Ausführungen der Abgeordneten Gabriele Sikora (SPD) bezüglich des Deutschland-Jahres in Japan seien nicht nur an den Haaren herbeigezogen, sondern schon an der Grenze dessen, was man sich erlauben dürfe. Er sei bei der damals zwischen Clement und Putin vereinbarten Präsentation des Landes Nordrhein-Westfalen in Moskau über seinen früheren Arbeitgeber, der Deutschen Telekom, beteiligt gewesen. Von den federführenden Leuten in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium sei damals gesagt worden, dass man selten zuvor eine solche dilettantische Vorbereitung von beiden Seiten erlebt habe. Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion die Fragen zum Deutschland-Jahr in Japan gestellt.

MR Jakoby (StK) legt dar:

Ich komme auf die Kofinanzierung von EU-Programmen zu sprechen. Die Kofinanzierungsmittel stehen, wie die EU-Mittel selbst, in den Einzelplänen der Fach-

ressorts und nicht in dem Einzelplan 02. Diese sind so berechnet worden, dass alle verfügbaren EU-Mittel abgerufen werden können. Es muss also in den nächsten beiden Jahren kein Euro in Brüssel liegen bleiben, weil zu wenige Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stehen. Im Übrigen werden die Landesmittel und die EU-Mittel in einem Akt an die Zuwendungsempfänger gegeben, sodass ich mich frage, wie die Situation eintreten kann, die Sie beschrieben haben, dass also ein Zuwendungsempfänger zwar EU-Mittel, aber keine Landesmittel bekommt. Es wird natürlich von jedem Zuwendungsempfänger ein Eigenanteil erwartet, der bei den Kommunen mindestens 20 % beträgt. In manchen Fällen ist dieser Anteil höher; dies hängt von den Fachprogrammen ab. Diesen Anteil erwarten wir aber unabhängig von der Verfügbarkeit von Landesmitteln. Bei den Unternehmen ergibt sich der Eigenanteil aus den wettbewerbsrechtlichen Bedingungen. Daraus errechnen sich die Fördersätze. Es war eine prioritäre Vorgabe für den Landeshaushalt, den Abruf der EU-Mittel sicherzustellen. Das ist auch gelungen.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) fügt hinzu:

In der Tat ist es so, dass wir bei den Haushaltsberatungen sehr bewusst gesagt haben, dass wir die Kofinanzierungsmittel zur Verfügung stellen wollen. Für das Jahr 2004 gilt dies uneingeschränkt. Für das Jahr 2005 gilt das uneingeschränkt im investiven Bereich; im konsumtiven Bereich gibt es eine bestimmte Absenkung, die aber zumindest für meinen Bereich nicht spürbar ist, sodass der gesamte EU-Bereich von den Kürzungsmaßnahmen nahezu vollständig ausgenommen worden ist. Das ist sehr lobenswert.

Dass bestimmte Gelder in den letzten Jahren liegen geblieben sind, liegt daran, dass damals die EU ihre Programme erst im September bewilligt hat und bereits im Oktober diese Programme verausgabte sein mussten, weil das Haushaltsjahr zu Ende war, und der Beleg für die Verausgabung schon vorliegen musste. Das betraf insbesondere ein Jahr und in einfachen Fällen noch ein darauf folgendes Jahr. Das ist der Grund, warum in diesen zwei Jahren im Landwirtschaftsbereich weniger Mittel abgeflossen sind. Wir sind jetzt bei nahezu 100 % und besser aufgestellt als andere Bundesländer. Insofern sollte man das nicht mit der Diskussion um diesen Haushalt vermischen.

Werner Jostmeier (CDU) lässt verlauten, für den Arbeitsamtsbezirk Coesfeld/Borken seien für das Jahr 2003 Gelder in Höhe von etwa 2,34 Millionen € zugesichert worden, und zwar 50 % kofinanziert durch die Europäische Union. Das Land Nordrhein-Westfalen habe seinen 50-Prozent-Anteil nicht gezahlt mit der Folge, dass der 50-Prozent-Anteil der Europäischen Union verfallen sei. Er habe Herrn Minister Schartau gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Herr Schartau habe das damit begründet, dass es bald Hartz III und Hartz IV geben werde und es keine unterschiedlichen Förderungsmöglichkeiten geben dürfe. Herr Jakoby habe garantiert, dass es nicht geschehe, dass kofinanzierte Gelder zurückgegeben würden. Er könne ganz konkrete Beispiele nennen, dass dies geschehen sei.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Titel 534 00 - Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit -

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, wie die Erhöhung des Solls im Jahre 2003 sowie der Ansätze in den Jahren 2004 und 2005 zum Ist im Jahre 2002 zu erklären sei.

Titel 537 00 - Planungen, Versuche, Untersuchungen und Koordination von Kontakten mit Entwicklungsländern -

Dietmar Brockes (FDP) bittet um nähere Erläuterungen zu diesem Titel.

Titel 633 00 - Zuweisungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit -

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, ob die Abwicklung bereits geregelt sei und - wenn ja - wie.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) lässt wissen:

Bei den Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit geht es um sächliche Ausgaben, also nicht um Projekte. Das liegt zum einen an der Haushaltssperre, und zum anderen ist es so, dass sich der geplante Besuch verschoben hat. Hier geht es insbesondere um die Partnerschaft mit Mpumalanga und um Kosten, die in diesem Zusammenhang im sächlichen Bereich entstehen.

Um die Aufnahme des Titels 537 00 hat die Mehrheit der Abgeordneten gebeten. Bei dem entsprechenden Antrag, der fast einvernehmlich beschlossen worden ist, ging es darum, die Landesregierung aufzufordern, bestehende Kontakte und Beziehungen von Institutionen, Gruppen, Unternehmen und Verbänden mit Entwicklungsländern zu vernetzen und zu bündeln und hieraus ein Konzept für den entwicklungspolitischen Kontakt in Nordrhein-Westfalen und den jeweiligen Ländern zu entwickeln.

Bezüglich des Titels 633 00 gibt es zwei Punkte, die aus meiner Sicht wichtig sind. Der Charme der bisherigen Regelung war - deshalb hätte ich es gerne weiter im GFG gehabt -, dass die Kommunen ein Stückweit Freiheit hatten, zu machen, was sie wollten. Das hat dazu geführt, dass es vor Ort kommunale Zusammenschlüsse gegeben hat und die Kommunen oftmals dieses Geld den kommunalen Zusammenschlüssen gegeben haben und sie damit in der Lage waren, denen formlos und kurzfristig zu helfen. Alle Programme, die wir machen, müssen natürlich den Anforderungen des Landesrechnungshofs genügen. Wir müssen also versuchen, auf der einen Seite den Kriterien des Landesrechnungshofs zu genügen und auf der anderen Seite eine möglichst große Flexibilität in der bisherigen Form aufrecht zu erhalten. Das ist nicht einfach, denn wir dürfen nicht unkorrekt handeln, wollen aber die Flexibilität weiter bewahren.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Der zweite Punkt, der in der bisherigen Konstruktion besser war, war, dass die Kommunen nichts hinzufügen mussten. Bei jedem Förderprogramm, das wir jetzt vergeben, gibt es eine 80/20- oder 90/10-Finanzierung, und es gibt Kommunen, die sich das nicht leisten können. Wir verhandeln derzeit, wie wir diesen Stein aus dem Wege räumen können. Das ist nicht ganz einfach. In den "Düsseldorfer Signal" haben wir dazu ganz bewusst aufgenommen, dass in Zukunft ein solcher Anteil z. B. auch durch Spenden erbracht werden kann, sodass das Geld nicht unbedingt aus dem kommunalen Haushalt kommen muss. Über diese Brücke versuchen wir zu gehen. Hieran ist jedoch nicht nur mein Ministerium, sondern beispielsweise auch das Finanzministerium beteiligt.

Auf eine Nachfrage zum Titel 534 00 - Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit - von **Dietmar Brockes (FDP)** sagt **Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV)**:

Diejenigen, die mit nach Mpumalanga fahren, zahlen das selber. Es geht um 1.500 € Bewertungskosten, die in Mpumalanga vom Ministerium übernommen werden. Das finde ich auch korrekt, denn es werden Verbindungen angebahnt und Kontakte geknüpft. Die tun ja etwas für unser Land.

Dr. Stefan Berger (CDU) möchte wissen, wann bezüglich des Titels 633 00 - Zuweisungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit - ein Kriterienkatalog vorgelegt werde.

Gabriele Sikora (SPD) teilt mit, die Staatssekretärin habe in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass zurzeit an Richtlinien zur Vergabe dieser Fördermittel gearbeitet werde und dass diese nach Fertigstellung dem Ausschuss vorgelegt würden.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) lässt verlauten:

Zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: Herr Berger, Sie wissen aus Ihrer Arbeit vor Ort, unter welchen Bedingungen die bisherigen Mittel verausgabt worden sind. Diese Bedingungen wollen wir inhaltlich so lassen, wie sie sind. Das ist aber ein Problem, weil das Land weiter weg ist. Es ist doch logisch: Wenn bei uns jemand einen Antrag stellt, dann sind wir nicht so flexibel, wie es ein Forum vor Ort sein könnte. Vor Ort weiß man immer mehr, was die einzelnen Gruppen dort machen. Von daher war das im GFG ganz gut angesiedelt. Trotzdem wollen wir das in der bisherigen Form, weil es kommunale Entwicklungszusammenarbeit fördern soll, belassen. Es gibt jedoch die eben genannten Probleme, die sich daraus ergeben, dass dieses Programm vom GFG in den Landeshaushalt verschoben wurde. Diese müssen geklärt werden. Wenn die Richtlinien fertig gestellt sind, können wir mit der Herausgabe nicht so lange warten, bis die nächste Ausschusssitzung stattgefunden hat, denn wir sind daran interessiert, das Geld so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen. Ich schlage vor, dass wir dann die Obleute ins Ministerium einladen und sie darüber informieren. Das scheint mir der unbürokratischste und schnellste Weg zu sein.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Gabriele Sikora (SPD) betont, dass es zwischen den Kommunen eine Gleichbehandlung seitens des Ministeriums geben müsse. Von daher wäre es zu begrüßen, wenn der Richtlinienentwurf zunächst dem Ausschuss vorgelegt würde, um noch eventuelle Anregungen zu geben.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) merkt an:

Wir versuchen gemeinsam mit den Kommunen, die besonders aktiv sind, ein Programm zu erarbeiten, das ihren Interessen und ihren Bedürfnissen entspricht. Natürlich kann jeder auf dieses Programm zugreifen. Es ist doch logisch, dass wir zunächst auf die Kommunen zugehen, die in diesem Bereich bereits aktiv waren. Da ich effizient arbeite, gehe ich eher zu den Kommunen, von denen ich weiß, dass sie bereits eine gute Arbeit geleistet haben. Mit denen gemeinsam erarbeite ich das Programm. Es geht nicht darum, Kommunen auszuschließen, sondern darum, mit denen, die bisher aktiv waren, gemeinsam Kriterien zu entwickeln.

Titel 682 10 - Zuschuss an das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gGmbH - (DIE) -

Dietmar Brockes (FDP) erbittet nähere Erläuterungen.

Titel 684 10 - Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit -

Dietmar Brockes (FDP) bittet um eine Übersicht darüber, um welche Maßnahmen es sich handele.

Titel 684 20 - Zuschüsse zum Aufbau eines Netzes von "Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren" -

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, wie hoch der Eigenanteil sei, insbesondere was das Fundraising angehe.

Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) gibt zur Antwort:

Zu Titel 682 10: Bezüglich des DIE ist es so, dass wir einen bestimmten Prozentsatz zahlen. Von daher handelt es sich nicht um eine Erhöhung des Stammkapitals, sondern wir zahlen immer 25 % der Aufwendungen.

Zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit: Das ist aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Punkt, auch wenn er sehr abgeschmolzen worden ist. Es gibt einige, insbesondere im privaten Bereich, die jetzt auf die Stiftung zurückgreifen können. Wir haben immer gesagt, dass Bildungsarbeit vor Ort ein Schwerpunkt ist. Einen Überblick über die Maßnahmen stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Der Zugriff auf diesen Topf kann sich jedoch durch die Stiftung verändert haben.

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik
33. Sitzung (öffentlich)

10.12.2003
rt-be

Zu Titel 684 20: Die Antwort auf Ihre Frage zu diesem Titel werden wir Ihnen nachreichen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

2 Verschiedenes

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, die Vorsitzende habe mit Schreiben vom 5. Dezember 2003 die Ausschussmitglieder darüber informiert, dass das Expertengespräch zum Thema Europaschulen nicht, wie sonst üblich, im Ausschuss stattfinden solle, sondern lediglich in einer Obleuterunde. Dies entspreche nicht dem, was in der letzten Sitzung besprochen worden sei. Der Abgeordnete erbittet nähere Erläuterungen.

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, dass sie lediglich dem federführenden Ausschuss Vorschläge für ein Expertengespräch unterbreitet habe. Sie habe den Vorschlag so niederschwellig wie möglich gehalten, um überhaupt erst einmal einen Kontakt zum federführenden Ausschuss herzustellen. Diesem obliege die Entscheidung, in welchem Rahmen das Expertengespräch stattfinde.

gez. Ute Koczy

Vorsitzende

be/07.01.2004/12.01.2004

181